



Dienstag  
17. Mai 2016

124. Jahrgang Nr. 112  
Fr. 3.80, Ausland: € 3.50 / AZ 8021 Zürich



**Maren Ade**  
Die Regisseurin  
lud in Cannes zum  
Täuschungstanz.  
33

**McRib**  
Wird der legendäre  
Burger bald auch  
bei uns lanciert?  
11

**Youtuber**  
Internet-Stars  
bescherten Zürich  
ein Kreischkonzert.  
19

**Eishockey-WM**  
Das entscheidende  
Spiel der Schweizer,  
live ab 11 Uhr.  
tagesanzeiger.ch

## Harte Vorwürfe gegen Befrager im Asylverfahren

Dolmetscher berichten, Asylsuchende würden bei Erstbefragungen eingeschüchtert und beschimpft.

Simone Rau

«Du bist dumm» oder «Ich habe die Schnauze voll. Du lügst» seien Sprüche aus dem Mund von Mitarbeitern des Staatssekretariats für Migration (SEM). Zu hören bekämen sie Asylsuchende bei Erstbefragungen in den Empfangszentren des Bundes. Das sagen Dolmetscherinnen und Dolmetscher, die bei diesen sogenannten Befragungen zur Person (BZP) als einzige Drittpersonen anwesend sind. Sie alle haben unter der Voraussetzung mit dem TA gesprochen, dass sie anonym bleiben; zu gross ist die Angst um ihren Job. Die Befrager träten zum Teil «unfreundlich und arrogant» auf, manchmal flippten sie gar aus oder könnten sich noch nicht mal in den späteren Anhörungen zu den Asylgründen beherrschen, bei denen unter anderem auch Hilfswerkvertreter zugegen seien. Gemäss Aussage verschiedener unabhängiger Quellen haben sich mehrere Dolmetscher geweigert, mit gewissen Befragern zusammenzuarbeiten. Diese seien «gemein» und «unmenschlich».

Ein Problem ist offenbar die ausschliesslich stichwortartige Protokollierung der Erstbefragungen - und zwar durch die Befrager selbst. Erst bei den Anhörungen ist ein Protokollführer dabei, der zur Wort-für-Wort-Protokollierung verpflichtet ist. «Die Befrager sind in der Protokollierung der Erstbefragungen viel zu frei», sagt Samuel Häberli vom Verein Freiplatzaktion Zürich, der Asylsuchende und Migranten berät. Deshalb

protokollierten die Befrager auch nicht, wenn es im Gespräch zu Konflikten gekommen sei. Oder wie es eine Dolmetscherin ausdrückt: «Sie können die Asylsuchenden behandeln, wie sie wollen. Niemand kann einschreiten.»

Auch anderen Hilfswerk- und Rechtsvertretern sind die Probleme bei den BZP zu Ohren gekommen, entweder über die Dolmetscher oder aber über die Asylsuchenden selbst. Zu denken geben ihnen nicht nur die Beleidigungen und Beschimpfungen an sich, die gerade für traumatisierte Flüchtlinge schwierig zu ertragen seien. Sondern insbesondere das Wissen um die Wichtigkeit der Erstbefragung. Ein Rechtsvertreter sagt: «Auch wenn oft das Gegenteil behauptet wird: Die Erstbefragung hat entscheidenden Einfluss auf den Verlauf des Asylverfahrens und wird in einem Entscheid oft gegen den Asylsuchenden verwendet. Wer also Pech hat mit seinem Erstbefrager, hat später kaum noch Chancen auf einen positiven Asylentscheid.»

Das SEM führt nach eigenen Angaben keine Statistik über Anzahl oder Art der Beschwerden oder Reklamationen gegen Befrager. Ob es schon zu Rügen oder Entlassungen gekommen ist, beantwortet das SEM nicht. Ein Verhalten, das dem Rechtsrahmen und dem Berufsethos widerspreche oder das einen Mangel an Respekt gegenüber den betroffenen Personen zeige, werde «keinesfalls toleriert». Man habe «keine Hinweise auf ein systematisches Problem».

Kommentar Seite 2, Bericht Seite 3

## Neuer Trainer, altes Trauerspiel



Bedient: Uli Forte (2. von rechts) mit seinem Assistenten Ludovic Magnin in St. Gallen. Foto: Steffen Schmidt (Freshfocus)

Das 0:3 in St. Gallen belegt, dass Uli Forte beim FCZ noch kein Wunderheiler ist.

Wenn es für den Tabellenletzten aus Zürich an diesem verregneten Pfingstmontag etwas Gutes gab, dann das: Er verlor beim Debüt von Uli Forte in St. Gallen nur 0:3. Und das noch: Dank des 1:3 des FC Lugano daheim gegen YB bleibt im Abstiegskampf wenigstens ein Konkurrent in unmittelbarer Reichweite. Lugano hat weiterhin nur einen Punkt

Vorsprung. Der FC Vaduz dagegen steht unmittelbar vor der Rettung: Dank des 2:1 im Letzigrund gegen GC fehlt ihm dazu höchstens noch ein Punkt.

Nach der Entlassung des Finnen Sami Hyypiä am Freitag hatte Forte versucht, gute Laune zu verbreiten. Die 90 Minuten in St. Gallen zeigten aber, dass es bei dieser Mannschaft mehr braucht als ein zur Schau gestelltes Lachen, um dem Abstieg noch zu entgehen. Sie war erneut schwer verunsichert, erneut passte von hinten bis vorn nichts zusammen. Da half auch nicht, dass Leonardo San-

chez den Platz nach einer Gelb-Roten Karte verlassen musste.

«Ich wusste, auf was ich mich hier eingelassen habe», sagte Forte. Bevor er versuchte, den Glauben an die Wende zu bewahren: «Ich bin trotz allem überzeugt davon, dass mehr herauszuholen ist als nun gegen St. Gallen.» Zwei Spiele bleiben Zeit dafür. Nächsten Sonntag steht die Reise zum FC Sion an, vier Tage später, am 25. Mai, kommt Vaduz in den Letzigrund - «zum Final», wie Uli Forte hofft. (ths.)

Interview und Bericht Seite 32

### Service

Leserbriefe	15	Veranstaltungen	40
Stellenanzeiger	28	Rätsel	42
Todesanzeigen	25	Wetter	43
Fernsehprogramme	38		

**Abo-Service** 044 404 64 64

[www.tagesanzeiger.ch/abo](http://www.tagesanzeiger.ch/abo)

**Inserate** 044 248 40 30

E-Mail: [inserate@tages-anzeiger.ch](mailto:inserate@tages-anzeiger.ch)

Inserate online buchen: [www.adbox.ch](http://www.adbox.ch)

**Redaktion** 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich  
[redaktion@tages-anzeiger.ch](mailto:redaktion@tages-anzeiger.ch)

**Leserbriefe** [www.tagesanzeiger.ch/leserforum](http://www.tagesanzeiger.ch/leserforum)

**Online** [www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch](http://www.tagesanzeiger.ch/news@newsnet.ch)



### Kommentare & Analysen

#### «Er hat genau zwei Monate gebraucht, um seine Maske fallen zu lassen.»

Thomas Schifferle über Fifa-Chef Gianni Infantino. - Seite 31

Wunden des Wahnsinns: Warum China die Kulturrevolution nicht wegstecken kann. - Seite 7

Bringt ein bedingungsloses Grundeinkommen Ermächtigung oder Entmündigung? - Seite 13

### Anwältin verteidigt Ruppertsweiler Täter

Der mutmassliche Vierfachmörder Thomas N. hat eine Pflichtverteidigerin zugeteilt bekommen. Die Rechtsanwältin Renate Senn aus Baden schreibt, ihr sei eine «schwierige Aufgabe übertragen» worden. Der am Donnerstag Verhaftete ist in Untersuchungshaft versetzt worden. Laut den Ermittlern hat er die Tat von Ruppertswil vom 21. Dezember 2015 gestanden, was seine Anwältin bestätigt.

Thomas N. führte davor ein unauffälliges Leben in der Nachbarschaft seiner Opfer, die er gemäss eigener Aussage nicht näher gekannt hatte. Danach setzte er es fort. Gross ist der Schock bei den Fussballjunioren im Seetal, die N. coachte. (tok) - Seite 4

### Waffenembargo gegen Libyen soll fallen

Die internationale Gemeinschaft hat sich zur Aufhebung des seit fünf Jahren gegen Libyen bestehenden UNO-Waffenembargos bereit erklärt. Damit solle den Bedürfnissen der vor kurzem gebildeten Einheitsregierung im Kampf gegen islamistische Milizen Rechnung getragen werden, hiess es in einer in Wien verabschiedeten Erklärung. Die Regierung unter Fayed al-Sarraj habe darum ersucht, «Waffen und Ausrüstung für den Kampf gegen von der UNO als Terrororganisation eingestufte Gruppierungen und die Terrormiliz Islamischer Staat zu erhalten». Unterzeichnet wurde die Erklärung von 21 Staaten und 4 internationalen Organisationen. (SDA) - Seite 6

### Uber will Taxifahrer ködern

Fahrdienstanbieter Uber verärgert das Taxigewerbe mit Tiefpreisen und will für seine Fahrer keine Sozialabgaben entrichten. Deshalb startet heute die nationale Taxi-Union ihre Kampagne «Dumping-Uber-Stoppen». Im TA-Interview lanciert Uber-Schweiz-Chef Rasoul Jalali eine Charme-Offensive. Er verfolge die Proteste mit einem «gewissen Erstaunen», da Uber eigentlich eine zusätzliche Verdienstmöglichkeit schaffe: «Taxifahrer können jederzeit für uns fahren.» Der Fahrdienstanbieter, der seit 2013 in der Schweiz tätig ist, habe allein im Raum Zürich derzeit mehr als 1000 Fahrer und rund 100 000 Kunden, die das Angebot nutzen. (mrs) - Seite 17

Finden statt suchen.  
Dank über 80'000 Objekten.

**X homegate.ch**  
Der Immobilienmarktplatz

# Schweiz



Ein Asylbewerber setzt im Verfahrenszentrum von Boudry NE ein Puzzle zusammen. Foto: Thomas Egli

## «Du bist dumm»

Asylsuchende würden bei Befragungen in den Empfangszentren eingeschüchtert, angeschrien und zum Teil sogar beschimpft. Das sagen Dolmetscher sowie Hilfswerk- und Rechtsvertreter.

**Simone Rau**

Die Vorwürfe sind happig. Mitarbeiter des Staatssekretariats für Migration (SEM) schrien Asylbewerber bei den Befragungen in den Empfangszentren des Bundes an. Sie drohten ihnen, schüchterten sie ein. Zum Teil lachten sie sie gar aus oder beschimpften sie. Das sagen mehrere voneinander unabhängige Quellen. «Du bist dumm» oder «Sag mir die Wahrheit» seien ebenso gehörte Sprüche wie «Ich habe die Schnauze voll. Du lügst» oder «Verarsch mich nicht». Die Asylsuchenden würden unterbrochen von «ungeduldigen und genervten Befragern», die «unfreundlich und arrogant» seien, wie es eine Dolmetscherin formuliert, die für das SEM in verschiedenen Empfangszentren tätig ist. Besonders schlimm sei die Situation in Kreuzlingen TG, dem grössten der fünf Empfangszentren des Bundes. Aber auch in Altstätten SG und Basel gebe es Befragter, die sich «nicht korrekt» verhielten oder gar «ausflüpten».

Die Dolmetscherin ist «mehr als irritiert» über das Verhalten gewisser Befragter. Zum Teil verhielten sich diese «wirklich schlimm». Die Dolmetscherin weiss, dass Erstbefragungen, in denen Beleidigungen und Beschimpfungen laut den Quellen besonders häufig auftreten, einen entscheidenden Einfluss auf das weitere Asylverfahren haben. Ihr Job als Dolmetscherin sei es, sich neutral zu verhalten, gerade so, als sei sie nicht anwesend. Und doch frage sie sich, ob sie in gewissen Situationen nicht einschreiten müsse. Ähnlich äussern sich rund zehn Berufskolleginnen und -kollegen, die unter der Voraussetzung mit dem TA gesprochen haben, dass sie im Artikel anonym bleiben. Zu gross ist die Angst um ihren Job. Die Einsätze werden individuell und auf Auftragsbasis vereinbart. Zwar ist das Dolmetscher- vom Befrageren getrennt, doch werden in der Praxis viele Aufträge von den Befragern vergeben. Und wenn nicht, geben diese oft mindestens eine Präferenz ab, mit wem sie zusammenarbeiten wollen. «Wer sich beschwert, kriegt keine Aufträge mehr. So einfach ist das», sagt eine Quelle.

### «Absolutes Stillschweigen»

Alle Dolmetscher mussten zudem kürzlich eine Vertraulichkeitserklärung des SEM unterschreiben. Gegenüber «unbefugten Dritten», heisst es im Schreiben, das dem TA vorliegt, seien sie zu «absolutem Stillschweigen» verpflichtet. Vertrauliche Informationen müssten «strikt geheim» gehalten werden und seien «ausschliesslich im Rahmen seiner/ihrer Tätigkeit zu verwenden». Gemäss SEM musste die Geheimhaltungspflicht, die bereits im Vertrag der Dolmetscher festgehalten ist, konkretisiert werden, weil

«moderne Technologien an diversen Standorten» eingesetzt werden. Die Dolmetscher haben eine weniger kryptische Erklärung: Seit der Veröffentlichung einer Undercover-Reportage in der «SonntagsZeitung» Ende Januar seien besonders in Kreuzlingen «alle nervös». Das SEM dementiert einen Zusammenhang. Zu den Vorwürfen hat das Amt eine externe Untersuchung in Auftrag gegeben.

Dass die Dolmetscher reden, obwohl sie nicht dürfen, hat mit ihrem Unbehagen zu tun. «Die Befragter wollen Antworten erzwingen. Mit Druck», sagt ein Dolmetscher. «Das kann zu äusserst angespannten Situationen führen.» Angst habe er noch nie gehabt, aber «unwohl» sei ihm schon mehrfach gewesen. Noch schwieriger werden die sowieso schwierigen Gespräche, wenn die Befragter sich von Beginn weg keine Mühe geben, die Gesprächsatmosphäre angenehm zu gestalten. Zum Teil, sagt der Dolmetscher,

**«Eine erhebliche Zahl von Leuten hat uns erzählt, ihnen sei regelrecht das Wort abgeschnitten worden.»**

Samuel Häberli, Freiplatzaktion Zürich

würden sie den Asylsuchenden nicht einmal Wasser anbieten.

Eine Dolmetscherin sagt, sie erinnere sich an ein Gespräch, bei dem eine Befragerin einen Asylsuchenden derart angeschrien habe, dass sie befürchtete, er würde auf die Frau losgehen. «Er sagte, das Gespräch sei schlimmer als alles, was er in seiner Heimat erlebt habe», berichtet sie. Sie habe «Angst gehabt», passiert sei dann aber nichts. In einem anderen Fall erlebte eine Quelle nach eigenen Angaben, wie sich eine Befragerin vor den Augen eines Asylbewerbers die Nase zugehalten habe. «Da brauchte sie nicht mehr extra zu sagen, dass er stinkt», sagt sie. «Er merkte es von selbst.»

Sämtliche Dolmetscher betonen, der Grossteil der Befragter verhalte sich korrekt. Doch die wenigen «schwarzen Schafe» seien «allen bekannt», und zwar «seit Jahren». Zum Teil würden die Befragter nicht einmal verbergen, dass sie in den Gesprächen wütend würden. «Selbst wenn einer sagt, er sei mal wieder ausgeflüpt, wundert das niemanden.»

Gemäss Aussage verschiedener unabhängiger Quellen haben sich mehrere Dolmetscher geweigert, mit gewissen Befragern zusammenzuarbeiten. Auch das scheint niemanden zu wundern, im Gegenteil betonen mehrere Dolmetscher, sie könnten dies verstehen. Diese Befragter seien «gemein» und «unmenschlich». Im Falle einer Befragerin in Kreuzlingen

haben dem Vernehmen nach mindestens drei Dolmetscher ihr Veto eingelegt - und seither nicht mehr mit dieser zusammengearbeitet. Dem SEM ist der Fall erstaunlicherweise nicht bekannt. Für Kritik gebe es «festgelegte Stellen und Instanzen, namentlich Vorgesetzte oder Hilfswerkvertreter», sagt Sprecherin Léa Wertheimer. «Wir sind, um die Qualität sichern zu können, darauf angewiesen, dass Kritik auch an den dafür vorgesehenen Stellen formuliert wird.»

### «Ein menschliches Problem»

Auch den Hilfswerken und Rechtsvertretern sind die Probleme zu Ohren gekommen. «Wir hören immer wieder von Asylsuchenden, vor allem aus Kreuzlingen, dass sie unfreundlich behandelt werden», sagt Samuel Häberli vom Verein Freiplatzaktion Zürich, der Asylsuchende und Migranten berät. «Eine erhebliche Zahl von Leuten hat uns erzählt, ihnen sei im Gespräch regelrecht das Wort abgeschnitten worden. Man hat ihnen gesagt, sie sollen sich kurzfassen.» In der späteren Anhörung und im Asylentscheid sei ihnen dann aber vorgeworfen worden, sie hätten Informationen verschwiegen. Ein Rechtsvertreter, der anonym bleiben will, ergänzt: «Der Vorwurf der nachgeschobenen Aussagen wird vom SEM oft als Hauptargument gegen die Glaubwürdigkeit des Asylbewerbers ins Feld geführt.» Man sagt, er lüge - und spreche ihm somit gleich die ganze Glaubwürdigkeit ab.

Die grössten Probleme gibt es laut Häberli bei den Erstbefragungen. Dabei handelt es sich um eine erste kurze Befragung zur Person. Im rund einstündigen Gespräch wird nach dem Reiseweg gefragt, den Asylgründen, der Sprache, der Identität, dem Alter oder nach früheren Aufenthaltsorten. Anwesend sind dabei nur drei Personen: der Befragter, der Asylsuchende sowie ein Dolmetscher. «Das

### Asylverfahren

Wie der Bund Personal rekrutiert

Es gibt beim Staatssekretariat für Migration (SEM) zwei Personalkategorien, die Erstbefragungen durchführen, auch Befragungen zur Person (BZP) genannt. Es sind dies zum einen die Fachspezialisten Empfangs- und Verfahrenszentren, zum anderen die Sachbearbeiter, die gezielt nur für die BZP eingesetzt werden. Die Fachspezialisten sind auch für die späteren Anhörungen zu den Asylgründen und den Entscheid zuständig. Das SEM sagt, es achte bei der «qualitativ hochstehenden» Rekrutierung neuer Mitarbeiter insbesondere darauf, dass diese «persönlich belastbar» seien. Sie würden zudem intern intensiv in der Anhörungstechnik geschult und zu Beginn ihrer Tätigkeit durch erfahrene Mitarbeitende begleitet und unterstützt. (s/r)

gibt den Befragern viel Spielraum», sagt Häberli. Oder wie es eine Dolmetscherin ausgedrückt: «Sie können die Asylsuchenden behandeln, wie sie wollen. Niemand kann einschreiten.»

Die fehlende externe Kontrolle ist laut Häberli auch deshalb ein Problem, weil die Erstbefragungen nur stichwortartig und von den Befragern selbst protokolliert werden. Erst bei den späteren Anhörungen ist ein separater Wort-für-Wort-Protokollführer dabei. «Die Befragter sind in der Protokollierung der Erstbefragungen viel zu frei», sagt Häberli. Sie protokollierten auch nicht, wenn es im Gespräch zu Konflikten kam. In der Regel werde auch nicht aufgeschrieben, wenn die Asylbewerber emotional reagierten, sich beklagten oder weinten.

Eine Quelle aus dem Umfeld der Hilfswerk- und Rechtsvertreter sagt: «Es ist kein Problem eines bestimmten Empfangszentrums. Sondern ein menschliches.» Zum Teil könnten sich die Befragter nicht einmal bei den Anhörungen beherrschen - obwohl dort auch Hilfswerk- und Rechtsvertreter zugegen seien. Laut David Ventura von der Rechtsberatungsstelle für Asylsuchende der Region Basel stehen die Befragter unter grossem Druck, die Kadenz der Gespräche sei hoch. Sie würden oft mit Unwahrheiten konfrontiert. «Das kann das unangemessene Verhalten der Befragter erklären, aber nicht entschuldigen.» Die Fachleute hoffen, dass sich das Problem bald von selbst löst: Die Asylrechtsrevision, die am 5. Juni zur Abstimmung kommt, sieht von Beginn weg eine unentgeltliche Rechtsvertretung vor. Sie wäre auch bei den Erstbefragungen dabei. Überhaupt betonen die Quellen, die Befragungen im derzeitigen Testbetrieb in Zürich liefen fast immer «fair» und «korrekt» ab - wohl auch wegen der stets zusätzlich anwesenden Personen.

Das SEM führt nach eigenen Angaben keine Statistik über Anzahl oder Art der Beschwerden gegen Befragter. Eine Zunahme im Zusammenhang mit den hohen Asylzahlen im Sommer und Herbst 2015 habe man nicht festgestellt. Ob es schon zu Rügen oder Entlassungen gekommen ist, beantwortet das SEM nicht. «Generell gilt: Wenn ein nicht professionelles Verhalten oder eine unangemessene Haltung festgestellt wird, können disziplinarische Massnahmen ergriffen werden», sagt Sprecherin Léa Wertheimer. Diese könnten bis zu einer Beendigung des Arbeitsverhältnisses gehen. Lügen Informationen zu kritischen Vorfällen vor, würden diese «unverzüglich gründlich und sorgfältig abgeklärt». Ein Verhalten, das dem Rechtsrahmen und dem Berufsethos widerspreche oder das einen Mangel an Respekt gegenüber den betroffenen Personen zeige, werde «keinesfalls toleriert».

## Zuschlag für Pendler beim GA

Das Generalabonnement soll umgestaltet werden, kündigt SBB-Präsident Ulrich Gygi an. Wer mehr Zug fahre, müsse dafür auch mehr bezahlen.

Pendler sollen für das Generalabonnement (GA) stärker zur Kasse gebeten werden. Die SBB seien daran, das Preissystem umzugestalten, sagte SBB-Präsident Ulrich Gygi in einem Interview mit der «SonntagsZeitung». GA-Besitzer, die täglich pendelten, würden heute von einem sehr tiefen Kilometerpreis profitieren. «Logisch wäre aber, dass, wer mehr und längere Fahrten macht, auch mehr bezahlt. Da müssen wir ansetzen», sagte Gygi. Abonnemente, die zum Pendeln genutzt würden, müssten tendenziell teurer werden.

Das Fernziel sei, dass mit einem Handy oder einer Chipkarte überall ein- und ausgestiegen werden könne, ohne vorher ein Ticket zu kaufen. Nach der Fahrt werde dem Passagier automatisch der günstigste Preis verrechnet. So würde der öffentliche Verkehr leichter zugänglich und viel attraktiver gemacht. Zudem würde jeder Passagier gemäss seinem Verbrauch zahlen. Das GA werde aber nicht verschwinden. Es müsste laut Gygi umgestaltet werden. «Eine Überlegung ist, dass das GA nur noch bis zu einer gewissen Anzahl Fahrten gilt. Überschreitet man diese Zahl, muss man einen Zuschlag bezahlen», sagte der SBB-Präsident weiter. Natürlich funktioniere das nur, wenn man alle Fahrten elektronisch nachverfolgen könne.

### Pro Bahn mahnt zur Vorsicht

Gygi wies auch darauf hin, dass das neue System für das ganze Netz des öffentlichen Verkehrs funktionieren müsse mit seinen 250 Transportunternehmen und 20 Verkehrsverbänden. Dafür brauche es eine Tarifharmonisierung und eine gigantische IT-Infrastruktur, die zuerst noch gebaut und erprobt werden müsse. «Daran arbeiten wir zurzeit», sagte Gygi.

Die Interessenvertretung der Bahnkunden Pro Bahn mahnt jedoch in einer Mitteilung zur Vorsicht. Gerade die GA würden mithelfen, die Strasse massiv zu entlasten. Preiserhöhungen führten zu einem Ausweichen auf das eigene Auto. Der Verband erinnerte auch daran, dass er das «Generalabonnement à la carte» schon länger propagiert: als GA light, das im lokalen Bereich während des ganzen Jahres und in einem Bereich von mehr als 30 Kilometern an maximal hundert Tagen pro Jahr gültig ist. (SDA)

### Nachrichten

Armee

#### Militärjustiz ermittelt in Affäre um Blattmanns Verbalausfall

Die Aufnahme einer umstrittenen Rede von Armeechef André Blattmann, in der sich dieser abfällig über «Verräter» in der Armee äusserte, hat ein juristisches Nachspiel. Die Militärjustiz eröffnete eine vorläufige Beweisaufnahme gegen unbekannt. Ein Sprecher des Verteidigungsdepartements bestätigte einen entsprechenden Bericht in der «Zentral-schweiz am Sonntag» und der «Ostschweiz am Sonntag». «Die Rede fand in einem geschlossenen Kreis statt, es galt das Recht am eigenen Bild und Ton», sagte der Sprecher. Deshalb sei eine Aufnahme auf Tonträger ohne Einwilligung der Beteiligten strafbar. (SDA)

Religion

#### Schweizer Bischöfe machen sich ein Bild in der Türkei

Die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) hat sich vergangene Woche in der Türkei ein Bild der laufenden Veränderungen in der türkischen Gesellschaft und deren Folgen für die Christen gemacht. Die Arbeitsgruppe «Islam» der SBK zog am Montag eine positive Bilanz der Reise. Vertreter der Christen, mit denen sich die Bischöfe in der Türkei trafen, hätten «ein eher positives Bild von den Fortschritten der Religionsfreiheit in den vergangenen Jahren» gezeichnet. Ziel der Reise war es unter anderem, «die christlichen Minderheiten in dieser Region moralisch zu unterstützen», heisst es in der Mitteilung der SBK. (SDA)